

## NACHRICHTEN IN KÜRZE

## RENTE MIT 63

## Wird Mutterschutz angerechnet?

Berlin. Die Zeiten des Mutterschutzes werden bei der abschlagsfreien Rente ab 63 künftig möglicherweise doch berücksichtigt. Die Bundesregierung prüft, „ob eine Änderung des geltenden Rechts angezeigt ist“, sagte eine Sprecherin des Bundesministeriums am Montag in Berlin. Zuvor hatte das Ressort noch eingeräumt, dass die Zeiten des Mutterschutzes bei der abschlagsfreien Rente bislang nicht angerechnet werden.

## STERBEHILFE

## CSU für Strafordrohung

München. Die CSU-Spitze will organisierte Sterbehilfe ausdrücklich unter Strafe stellen lassen. Das sagte Parteichef Horst Seehofer am Montag nach einer CSU-Vorstandssitzung in München. Auch Ärzte sollen keine Hilfe zur Selbsttötung geben dürfen. „Die verkehrteste Antwort wäre: Wir greifen zur Pille“, sagte Seehofer zur aktuellen Sterbehilfe-Diskussion.

## SACHSEN

## Neue CDU-SPD-Regierung steht

Dresden. Zehn Wochen nach der Landtagswahl in Sachsen steht die neue schwarz-rote Landesregierung. CDU-Chef und Ministerpräsident Stanislaw Tillich, CDU-Fraktionschef Frank Kupfer und der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Martin Dulig unterzeichneten den Koalitionsvertrag. Die künftige Regierung besteht aus acht Fachministern sowie dem Chef der Staatskanzlei.

## FURCHT VOR AUSSCHREITUNGEN

## Polizei verbietet Hooligan-Demo

Hannover. Die Polizei hat eine für Sonntag geplante Anti-Islamismus-Demonstration in Hannover verboten. Sie befürchtet Ausschreitungen von Hooligans und Rechtsextremisten, so ein Sprecher. Die Polizei sei überzeugt, dass die Veranstaltung nicht vor allem der politischen Meinungsäußerung diene, sondern dass ein „dominierender Teilnehmerkreis die gewalttätige Auseinandersetzung“ suchen werde.

## André Shepherd desertierte aus der US-Armee und beantragte Asyl / Fall wird vor dem EuGH verhandelt

Zum ersten Mal klagt ein US-Deserteur vor dem Europäischen Gerichtshof. Heute legt die Generalanwältin ihr Gutachten vor – es könnte richtungsweisend für viele weitere Fälle werden.

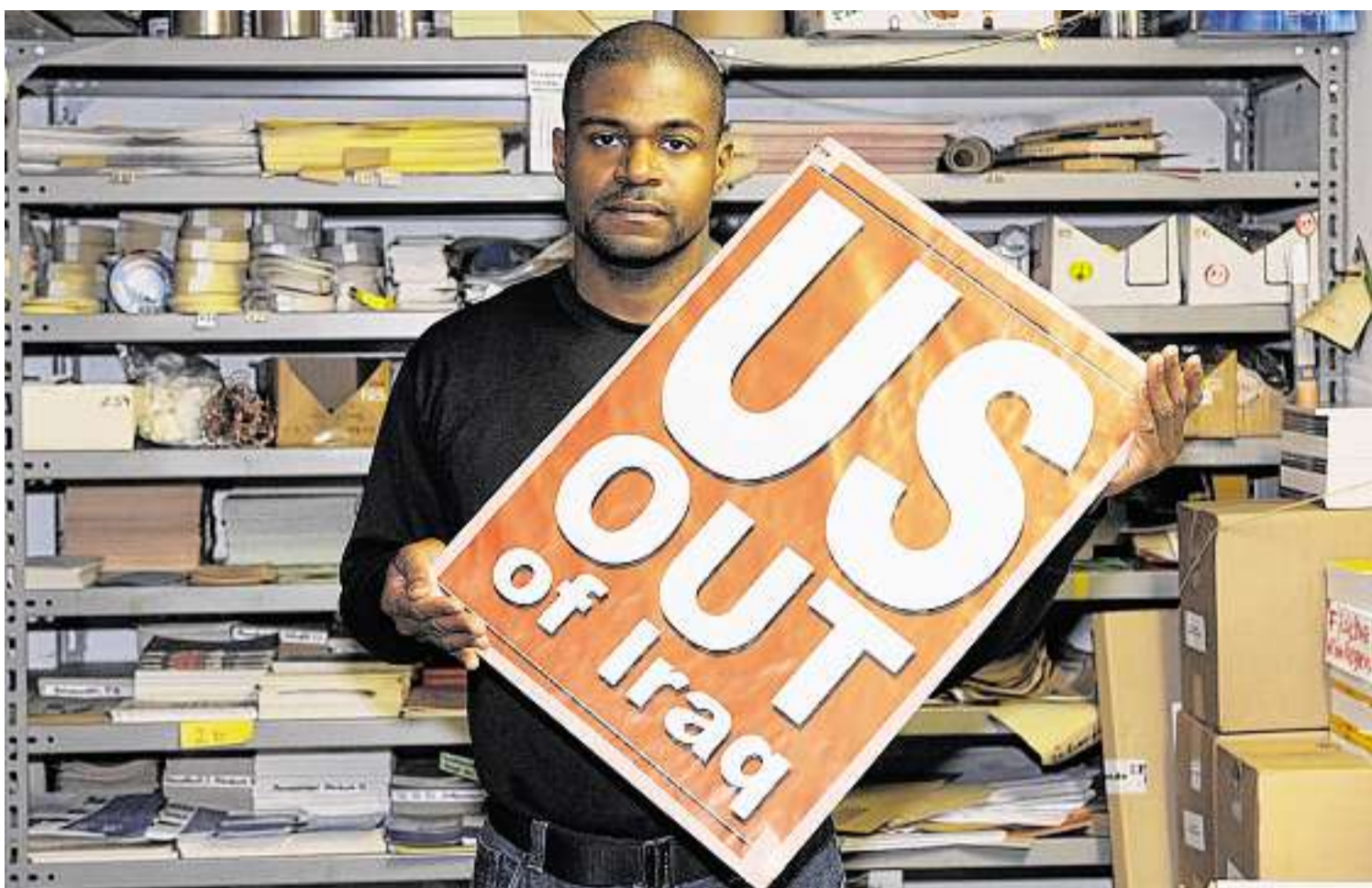
VON MIRJAM MOLL

Luxemburg. Er ist der erste amerikanische Deserteur, der in Deutschland Asyl beantragt hat, und es ist das erste Mal, dass ein solcher Fall vom höchsten Europäischen Gericht (EuGH) behandelt wird. Schon allein deshalb ist die Klage von André Shepherd ein Präzedenzfall. Denn die deutschen Behörden hatten seinen Antrag abgelehnt. Heute legt die Generalanwältin ein Gutachten vor – es könnte die Entscheidung im Fall Shepherd bringen und zu einer echten Belastungsprobe für die amerikanisch-europäische Beziehung werden.

Als André Shepherd 2004 zur Armee geht, befindet er sich in einer desolaten Lage: Das Geld für sein Informatikstudium ist ihm ausgegangen, er lebt von der Hand in den Mund, eine Zeit lang hat er nicht einmal ein Dach über dem Kopf. Die Army bietet ihm eine Ausbildung zum Mechaniker, ein geregeltes Einkommen und eine Bleibe – Shepherd unterschreibt. Er wird mit seiner Einheit in den Irak, genauer in das Camp Speicher, einem Stützpunkt nahe Tikrit, versetzt, wo er für die Instandhaltung von Apache-Helikoptern zuständig ist.

Bald gerät seine Sicht der Dinge ins Wanken. Einheimische schüren seine Zweifel an der Richtigkeit dessen, was das amerikanische Militär im Irak tut: „Die Iraker fragten uns, warum zerstört Ihr unsere Dörfer, missbraucht unsere Frauen, schändet unsere Toten?“, erzählt Shepherd. Er habe es nicht glauben können, sagt er später über die Begegnung. „Wir sind das Militär der Vereinigten Staaten! So etwas passiert bei uns nicht, ganz einfach weil wir so nicht sind!“ Doch seine Recherchen bestätigen seine schlimmsten Befürchtungen.

Als Shepherd 2007 einen erneuten Einsatzbefehl für den Irak bekommt, entschließt er sich zu fliehen. Wer in den USA desertiert, wird nicht nur unehrenhaft ent-



Nach seinem Einsatz wandte sich André Shepherd gegen den Irak-Krieg.

FOTO: EPD

lassen. Er muss mit bis zu lebenslanger Haft und der Ächtung der Gesellschaft rechnen. Trotzdem steht der Entschluss des Soldaten fest. Nicht noch einmal will er an dem, was er als „Aggressionskrieg“ bezeichnet, beteiligt sein. Zu sehr prägt ihn die Erinnerung an seine dunkelste Stunde – als er die Hubschrauber für die November-Offensive in Falludscha klagemacht hatte: „Eine Schlacht, die fast nur Ruinen hinterließ und radioaktive Spuren, die heute noch für Missbildungen bei Neugeborenen sorgen.“ Die als Rebellenhochburg geltende Stadt war damals vom Militär zum uneingeschränkten Beschuss freigegeben worden.

Am 26. November 2008 beantragt der Deserteur Asyl in Deutschland, im April 2011

wird der Antrag abgelehnt. Shepherd legt Klage ein. Doch sein Fall wirft vor Gericht viele Fragen auf – weshalb das Verwaltungsgericht München ihn an den EuGH verwiesen hat. So sieht eine EU-Richtlinie den Schutz von Menschen vor, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. Strittig ist, ob Shepherd als Mechaniker von Hubschraubern, die möglicherweise an völkerrechtswidrigen Einsätzen beteiligt waren, von diesem Recht Gebrauch machen darf. Und ob diese Richtlinie auch auf mögliche zukünftige Verstöße gegen das Völkerrecht anwendbar ist.

Shepherds Kampf um Asyl in Deutschland ist für ihn auch ein Kampf für alle ande-

ren Soldaten, die im Konflikt mit ihrem Einsatzbefehl stehen. Er ist nur einer von gut 25.000 US-Soldaten, die im Irak-Krieg desertiert sind. Er will erreichen, dass sie selbst darüber entscheiden können, in welchen Krieg sie ziehen.

Doch so weit wird die 59-jährige Britin Eleanor Sharpston, die heute als Generalanwältin ihr Gutachten vorlegt, sicher nicht gehen. Wohl aber wird sie klären müssen, ob Shepherd als Flüchtling im Sinne des EU-Rechts gilt. Eine solche Entscheidung könnte die amerikanisch-europäischen Beziehungen schwer belasten. Schon einmal tat man sich deshalb schwer, einen amerikanischen Asylsuchenden in Europa aufzunehmen – damals ging es um den Whistleblower Edward Snowden.

Wer zuerst zuckt, verliert:  
Bahn und GDL bleiben hart

Bahnkunden könnten weitere Streiks drohen

Berlin. 64 Stunden Streik, zwei Gerichtsverhandlungen und ein in letzter Minute gerettetes Mauerfall-Jubiläum – der sechste Streik in der Tarifrunde hat die Nerven bei Bahn, Gewerkschaft und Fahrgästen aufs Äußerste strapaziert. Doch was hat es gebracht?

Hat der Streik zu Bewegung geführt? Zunächst nur formell. Nachdem sowohl die Bahn als auch die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) erklärt haben, verhandlungsbereit zu sein, wälzen sie Terminkalender. Bisher ohne Ergebnis. Schon länger vereinbart ist ein Termin mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) am 21. November. Hier könnte die GDL andocken. Es ist aber fraglich, ob ihre Mitglieder so lange warten wollen.

Wie sind die Positionen beider Seiten beim Geld?

Die GDL fordert fünf Prozent mehr Gehalt, zwei Stunden weniger Arbeit pro Woche und eine Überstunden-Grenze. Die Bahn hatte bereits fünf Prozent angeboten – jedoch in drei Stufen und bei der relativ langen Laufzeit von 30 Monaten. „Wir haben viele Angebote gemacht, jetzt liegt der Ball im Feld der GDL“, sagt Konzernchef Rüdiger Grube. Geld scheint in dieser Tarifrunde aber das geringere Problem zu sein. „Wenn wir fünf Prozent fordern, bildet sich niemand in der GDL ein – auch nicht der Vorsitzende – dass wir fünf Prozent bekommen“, sagt GDL-Chef Claus Weselsky.

Woran hakt es?

Die GDL hat viele Mitglieder beim Zupersonalen gewonnen, die nicht Lokführer sind: Zugbegleiter, Gastronomen, Lokrangierführer, Instruktionen, Trainer, Disponenten. Als Gewerkschaft will sie auch für sie Tarifverhandlungen führen. Die Bahn verhandelt für diese Kollegen aber mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Konkurrernde Tarifverträge in einer Berufsgruppe will die Bahn verhindern, darauf beharrt Konzernchef Grube auch nach dem Streik. Ebenso unnachgiebig zeigt sich Weselsky: „Die Frage steht nicht zur Disposition.“

Welche Rolle spielte die EVG?

Sie stützt die Linie des Bundesunternehmens für einheitliche Tarifverträge unter der Parole „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Die aktuelle Streikzeitung der GDL spart denn auch nicht mit Angriffen auf die Konkurrenz. Diese schreibe Seit' an Seit' mit der Arbeitgeberseite, heißt es un-



Claus Weselsky und seine GDL sehen sich durch zwei Gerichtsurteile gestärkt. FOTO: DPA

ter der Überschrift „Ich bin ein GDL-Versteher“. EVG-Chef Alexander Kirchner kritisiert dagegen die kompromisslose Haltung der GDL und warnt vor weiteren Streiks.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Beide Seiten haben sich nun zum 3G-Prinzip aus dem öffentlichen Dienst bekannt. „Wir sind bereit, auch zur gleichen Zeit, am gleichen Ort mit dem selben Arbeitgebervertreter zu verhandeln“, sagt Weselsky. Grube erklärt: „Die beiden Gewerkschaften können sich dann über die Inhalte verständigen, die am Ende für alle Zugbegleiter gleich sind.“ Gelingen das nicht, müsse eben weiter verhandelt werden. Die Bedingungen für dieses Weiterverhandeln sind der springende Punkt: Die GDL will jeden Mechanismus vermeiden, bei dem sie sich der größeren EVG fügen müsste.

Kann man für Weihnachten eine Bahnfahrt buchen?

„Das müssen sie Herrn Weselsky fragen“, antwortet Grube auf die Frage nach Streiks an Weihnachten. „Ich kann das nicht garantieren – obwohl ich bekanntlich ein großer Optimist bin.“ Weselsky ist gestärkt durch die Arbeitsgerichte. „Wir haben zwei gigantische Entscheidungen bekommen, die glasklar sagen: Wir können auch 109 Stunden streiken“, betont er. Und was sagt er zur Weihnachtsfrage? Er lässt es offen: „Sicherlich ist eine Einigung möglich, wenn wir endlich dazu kommen, dass wir über die Inhalte verhandeln.“ Doch daran beißen sich beide Seiten seit Monaten die Zähne aus.

Mehr Angriffe  
auf Polizisten

Gewerkschaft klagt über Gewalt

VON CHRISTIANE JACKE

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) beklagt eine zunehmende Gewalt gegen Polizisten bei Routineeinsätzen. Im Schnitt würden pro Tag 162 Beamte Opfer von Straftaten, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft, Oliver Malchow, gestern in Berlin. Jeden Tag würden durchschnittlich neun Polizisten Opfer einer schweren oder gefährlichen Körperverletzung. Insbesondere Übergriffe bei regulären Einsätzen – zum Beispiel bei Verkehrskontrollen oder beim Eingreifen wegen häuslicher Gewalt – hätten deutlich zugenommen. „Die Hemmschwelle ist gesunken.“ Malchow sagte, in der öffentlichen Debatte gehe es vor allem um Übergriffe gegen Polizisten bei Demonstrationen oder Einsätzen rund um Fußballspiele. Die Gewalt im Alltag der Beamten werde in der Gesellschaft dagegen kaum wahrgenommen. Auch Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern hätten sich in den vergangenen Jahren zu wenig um das Problem gekümmert. „Das wurde vollkommen ignoriert.“

Zuletzt hatten Übergriffe von gewaltbereiten Fußballfans und Rechtsextremen gegen die Polizei für Diskussionen sorgte. Ende Oktober war es in Köln bei einem Protest von rund 4500 Hooligans und Rechtsextremen gegen Salafisten zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Dabei wurden 49 Beamte verletzt. Die Polizei fühlt sich durch diese und andere Auseinandersetzungen überlastet und fordert mehr Personal. Malchow betonte, seit 1997 seien bundesweit etwa 15.600 Stellen abgebaut worden. „Und ein Ende ist nicht abzusehen.“ In einigen Bereichen könnten Straftaten nur noch zu einem geringen Teil aufgeklärt werden, mahnte der Gewerkschaftschef. Bei Wohnungseinbrüchen liege die Aufklärungsquote unter 15 Prozent. „Das ist eine Katastrophe.“

Die Gewerkschaft der Polizei berät bis morgen bei einem Bundeskongress in Berlin über aktuelle Probleme und Herausforderungen für die Polizei. Die Delegierten bestätigten Malchow mit großer Mehrheit (84 Prozent) für weitere vier Jahre im Amt. Morgen werden Bundesinnenminister Thomas de Maizièr (CDU) und Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) erwartet.



Oliver Malchow

FOTO: DPA

WESER KURIER  
Leserreisen

## Weihnachtsfest im Thüringer Wald

Kulinarische Reise vom 23. bis 26. Dezember 2014



Erleben Sie ein gemütliches, genussvolles und besinnliches Weihnachtsfest im Hotel Schieferhof in Neuhaus am Rennweg. Sie werden mit thüringer und ausgezeichnet internationaler Küche verwöhnt. Die Schönheiten der Region lernen Sie bei einer Rundfahrt kennen. Bewundern Sie traditionelle Handwerkskunst beim Besuch in einer Glasbläserei und lassen sich verzaubern von der Farbenvielfalt der Saalfelder Feengrotten.

## Eingeschlossene Leistungen:

- > Fahrt im 4-Sterne-Fernreisebus auf reservierten Plätzen mit Bordservice
- > 3 Übernachtungen im 4-Sterne Hotel Thüringer Schieferhof
- > Willkommenspunsch im Hotel
- > 2 x Hoffrühstück, 1 x Sektrühstück
- > 1 x Mittagessen
- > 1 x Kaffeeklatsch mit Christstollen
- > 1 x Abendessen am 23.12.
- > 1 x 6-Gänge-Menü am 24.12.
- > 1 x Gänsebratenessen am 25.12.
- > Besuch einer Glasbläserei
- > Krippenspiel und Christvesper am 24.12.
- > Rundfahrt Thüringer Schiefergebirge
- > Eintritt Saalfelder Feengrotten
- > Stadtrundgang Weimar
- > Örtliche Reiseleitung

Preis pro Person € 599,-  
Kein Einzelzimmer-Zuschlag

## Kopenhagen und Oslo – Silvesterreise

Bus-/Schiffsreise vom 30. Dezember 2014 bis 1. Januar 2015



Es ist nicht allein die wohlthuende Kreuzfahrt-Atmosphäre an Bord des königlichen Schiffes und das herrliche Seegebiet der nördlichen Ostsee, die Sie begeistern werden. Es sind vor allem Kopenhagen und Oslo, zwei wahre Märchenstädte, die diese kleine Kreuzfahrt zum Jahreswechsel zu einem Erlebnis werden lassen. Genießen Sie die skandinavische Gastfreundschaft und ein rauschendes Silvesterfest mit Galamenu und internationalem Showprogramm in allen Räumlichkeiten des Schiffes. Willkommen an Bord!

## Eingeschlossene Leistungen:

- > Fahrt im 4-Sterne-Fernreisebus auf reservierten Plätzen mit Bordservice
- > Fährüberfahrt Puttgarden-Rodby-Puttgarden
- > Kreuzfahrt Kopenhagen-Oslo-Kopenhagen
- > 2 Übernachtungen in einer 2-Bett Innenkabine
- > 2 x Frühstücksbuffet
- > 1 x Dinnerbuffet
- > 1 x Silvester 4-Gang-Galamenu inkl. Getränke
- > 1 Glas Champagner um Mitternacht
- > Stadtrundfahrt Oslo
- > Stadtrundfahrt Kopenhagen
- > Örtliche Reiseleitung

Reisepreis p.P. € 485,-  
Zuschlag 2-Bettkabine außen € 29,-  
Zuschlag Einzelkabine innen € 89,-  
Zuschlag Einzelkabine außen € 119,-Für beide Reisen: Reiseveranstalter: Hanseat Reisen  
Reiseveranstalter: U+R Urlaub + Reisen GmbH & Co. Touristik KG, Breitenweg 39, 28195 BremenBuchung im Pressehaus Bremen · Martinstr. 43 · Tel. 0421/3671-6633 · [leserreisen@weser-kurier.de](mailto:leserreisen@weser-kurier.de) und in allen regionalen Zeitungshäusern. Unser exklusiver Leserreisen-Partner: Hanseat Reisen GmbH · Langenstraße 16 · 28195 Bremen